Niederschrift

über die 6. Sitzung des Bau-, Umwelt- und Stadtentwicklungsausschusses am Dienstag, den 19.04.2016, um 15:00 Uhr, im Sitzungssaal des Rathauses (1. Stock, Zi.Nr. 100), Ullasstr. 22.

Anwesend:

Vorsitzender

Bisping, Benedikt

Ausschussmitglieder

Deuerlein, Rainer

Maschler, Norbert

Mayer, Christian

Meyer, Harald

Horlamus, Alexander

Schweikert, Georg

Grand, Martin

Kern, Hans

Keller, Frank

Koch-Schächtele, Susanne

Pohl, Adolf

Tiedtke, Andreas Dr.

Herrmann, Karl-Heinz

Stellvertreter

Wartha, Joachim

Vertretung für Frau Stadträtin Höpfel

von der Verwaltung

Neidl, Elke

Nürnberger, Annette

Schriftführerin

Sebald, Kerstin

Entschuldigt:

Ausschussmitglieder

Höpfel, Ruth

berufliche Verhinderung

Ortssprecherin

Loos, Carina

berufliche Verhinderung

Mortler, Astrid

berufliche Verhinderung

Vorsitzender eröffnet die Sitzung und begrüßt die Damen und Herren des Bau-, Umwelt- und Stadtentwicklungsausschusses, die Zuhörer, den Vertreter der Presse und die Mitglieder der Verwaltung zur 6. Sitzung in diesem Jahr. Die Einladung ist fristgerecht ergangen. Mit dem Inhalt der Tagesordnung besteht Einverständnis. Das Gremium ist beschlussfähig.

ÖFFENTLICH

1 Genehmigung der Niederschrift der 5. Sitzung des Bau-, Umwelt- und Stadtentwicklungsausschusses vom 05.04.2016

Beschluss:

Der Bau-, Umwelt- und Stadtentwicklungsausschuss beschließt:

Die Niederschrift über die 5. Sitzung des Bau-, Umwelt- und Stadtentwicklungsausschusses vom 05.04.2016 wird genehmigt.

Abstimmung:

Ja: 15 Nein: 0

2 BV-Nr. 066/16 Antrag zur Umnutzung und zum Umbau einer bestehenden Halle mit Bürogebäude in eine Gemeinschaftsunterkunft auf dem Grundstück FINr. 959 der Gemarkung Lauf, Waldluststr. 2

Der Vorsitzende führt hierzu an, dass der Landkreis Nürnberger Land davon spricht, dass dies eine Vorbildeinrichtung werden solle. Der Freistaat Bayern habe seine Leitlinien von 7 m² pro Person außer Kraft gesetzt und er hoffe, dass die vorhandenen 280 Plätze nicht komplett aufgefüllt werden müssen, denn ein Wohnraum von 22 m² für sechs Personen ist zu klein.

Beschluss:

Der Bau-, Umwelt- und Stadtentwicklungsausschuss beschließt:

Der Bau-, Umwelt- und Stadtentwicklungsausschuss erteilt das gemeindliche Einvernehmen zur Umnutzung und zum Umbau einer bestehenden Halle mit Bürogebäude in eine Gemeinschaftsunterkunft auf dem Grundstück FINr. 959 der Gemarkung Lauf, Waldluststr. 2 und zu den Befreiungen vom Bebauungsplan Nr. 39 „An der Waldluststraße“

- Treppenanlage außerhalb des Baufensters
- Zimmer Nr. 8 -11 nicht auf einer der Altdorfer Straße abgewandten Seite, wenn gesunde Wohnverhältnisse gewährleistet werden.

Die Gestaltung der Freifläche als Aufenthaltsbereich mit Kinderspielplatz wäre wünschenswert.

Abstimmung:

Ja: 15 Nein: 0

3 BV-Nr. 056/16 Antrag zur Errichtung einer Doppelhaushälfte mit zwei Stellplätzen (Haus A) auf dem Grundstück FINr. 1452/10 der Gemarkung Lauf, Rudolfshofer Str. 37a

Beschluss:

Der Bau-, Umwelt- und Stadtentwicklungsausschuss beschließt:

Der Bau-, Umwelt- und Stadtentwicklungsausschuss erteilt das gemeindliche Einvernehmen zur Errichtung einer Doppelhaushälfte auf dem Grundstück FINr. 1452/10 der Gemarkung Lauf, Rudolfshofer Str. 37a, sowie zu den notwendigen Befreiungen von den Festsetzungen des Bebauungsplans Nr. 6 „Eschenauer Straße – Nordring“

- Gebäude teilweise außerhalb der Baugrenzen

Abstimmung:

Ja: 15 Nein: 0

4 BV-Nr. 052/16 Antrag zur Errichtung einer Doppelhaushälfte mit zwei Stellplätzen (Haus B) auf dem Grundstück FINr. 1452/29 der Gemarkung Lauf, Rudolfshofer Str. 37b

Beschluss:

Der Bau-, Umwelt- und Stadtentwicklungsausschuss beschließt:

Der Bau-, Umwelt- und Stadtentwicklungsausschuss erteilt das gemeindliche Einvernehmen zur Errichtung einer Doppelhaushälfte auf dem Grundstück FINr. 1452/29 der Gemarkung Lauf, Rudolfshofer Str. 37b, sowie zu den notwendigen Befreiungen von den Festsetzungen des Bebauungsplans Nr. 6 „Eschenauer Straße – Nordring“

- Gebäude teilweise außerhalb der Baugrenzen
- GFZ 0,68 statt 0,6.

Abstimmung:

Ja: 15 Nein: 0

5 BV-Nr. 043/16

- a) **Antrag auf Änderung des Flächennutzungsplans**
- b) **Antrag zur Erweiterung der Hauptverwaltung auf den Grundstücken FINr. 199 (Tfl.) und 200 (Tfl.) der Gemarkung Schönberg, Nessenmühlstr. 35**

a) Antrag auf Änderung des Flächennutzungsplans

Beschluss:

Der Bau-, Umwelt- und Stadtentwicklungsausschuss empfiehlt dem Stadtrat:

Die Grundstücke FINr. 199 (Tfl.) und 200 (Tfl.) der Gemarkung Schönberg werden im Flächennutzungsplan der Stadt Lauf als „Fläche für Gemeinbedarf“ dargestellt.

Abstimmung:

Ja: 15 Nein: 0

b) Antrag zur Erweiterung der Hauptverwaltung auf den Grundstücken FINr. 199 (Tfl.) und 200 (Tfl.) der Gemarkung Schönberg, Nessenmühlstr. 35

Beschluss:

Der Bau-, Umwelt- und Stadtentwicklungsausschuss versagt das gemeindliche Einvernehmen zur Erweiterung der Hauptverwaltung auf den Grundstücken FINr. 200 Tfl. und 199 Tfl. der Gemarkung Schönberg, Nessenmühlstr. 35, weil sich die Grundstücke im Außenbereich befinden, im rechtswirksamen Flächennutzungsplan der Stadt Lauf als „Fläche für die Landwirtschaft“ dargestellt sind und somit öffentliche Belange entgegenstehen.

Das Einvernehmen wird in Aussicht gestellt, wenn der Flächennutzungsplan geändert ist und die Grundstücke als „Fläche für Gemeinbedarf“ dargestellt sind.

Abstimmung:

Ja: 15 Nein: 0

6 BV-Nr. 059/16 Tektur zur Errichtung einer Kinderkrippe, BA 1, und Generalsanierung des Eckert'schen Kindergartens, BA 2 auf dem Grundstück FINr. 124 der Gemarkung Lauf, Alter Schulhof 1

Beschluss:

Der Bau-, Umwelt- und Stadtentwicklungsausschuss beschließt:

Der Bau-, Umwelt- und Stadtentwicklungsausschuss erteilt das gemeindliche Einvernehmen zur Tektur zum BA 1 Errichtung einer Kinderkrippe und BA 2 Generalsanierung des Eckert'schen Kindergartens auf dem Grundstück FINr. 124 der Gemarkung Lauf, Alter Schulhof 1.

Die Sanierungsrechtliche Genehmigung gem. § 144 BauGB wird erteilt.

Abstimmung: Ja: 15 Nein: 0

7 BV-Nr. 058/16 Tektur zum Dachgeschossausbau eines Wohn- und Geschäftshauses auf dem Grundstück FINr. 280 der Gemarkung Lauf, Hersbrucker Str. 19

Beschluss:

Der Bau-, Umwelt- und Stadtentwicklungsausschuss beschließt:

Der Bau-, Umwelt- und Stadtentwicklungsausschuss erteilt das gemeindliche Einvernehmen zur Tektur zum Dachgeschossausbau des Wohn- und Geschäftshauses auf dem Grundstück FINr. 280 der Gemarkung Lauf, Hersbrucker Str. 9.

Die Sanierungsrechtliche Genehmigung gem. § 144 BauGB wird erteilt.

Das Landratsamt Nürnberger Land wird gebeten, Belange des Brandschutzes und des Denkmalschutzes zu prüfen.

Abstimmung: Ja: 15 Nein: 0

8 BV-Nr. 069/16 Isolierte Befreiung zur Errichtung eines Gartengerätehauses auf dem Grundstück FINr. 24/8 der Gemarkung Simonshofen, Apfelgartenstr. 4

Beschluss:

Der Bau-, Umwelt- und Stadtentwicklungsausschuss beschließt:

Der Bau-, Umwelt- und Stadtentwicklungsausschuss versagt das gemeindliche Einvernehmen zur Isolierten Befreiung zur Errichtung eines Gartengerätehauses auf dem Grundstück FINr. 24/8 der Gemarkung Simonshofen, Apfelgartenstr. 4,

- Gartengerätehaus außerhalb der Baugrenzen,

da ausreichend geeignete im Bebauungsplan möglich sind.

Das Einvernehmen zur Isolierten Befreiung

- Gartengerätehaus in Holzbauweise statt in Massivbauweise

wird in Aussicht gestellt, wenn das Gartengerätehaus soweit nach Nordwesten verschoben wird, dass es sich innerhalb der Baugrenzen befindet.

Das gemeindliche Einvernehmen zur Isolierten Befreiung zur Errichtung eines Steinbackofens

- Steinbackofen außerhalb der Baugrenzen

wird erteilt, wenn er nicht an der Grenze errichtet wird. Öffentlich-rechtliche Vorschriften (z.B. Brandschutz und Immissionsschutz) sind zu beachten.

Abstimmung: **Ja: 14 Nein: 1**

9 BV-Nr. 067/16 Anfrage zur Errichtung einer Mittelgarage auf dem Grundstück FINr. 527/19 der Gemarkung Heuchling, Nähe Ostendstraße (BUS vom 17.11.2015)

Beschluss:

Der Bau-, Umwelt- und Stadtentwicklungsausschuss beschließt:

Der Bau-, Umwelt- und Stadtentwicklungsausschuss versagt das gemeindliche Einvernehmen zur Errichtung einer Mittelgarage mit Büroraum auf dem Grundstück FINr. 527/19, Nähe Ostendstraße, da gem. § 2 der Garagen- und Stellplatzverordnung (GaStellv) die Länge von 3 m für Zu- und Abfahrten zwischen Garage und öffentlicher Verkehrsfläche nicht eingehalten wird.

Die Zustimmung zur Errichtung von Garagen als untergeordnete Nebenanlage kann in Aussicht gestellt werden, mit den Maßgaben,

- dass ein Stauraum von mindestens 3 m vor den Garagen eingehalten wird,
- ein Pultdach mit einer Dachneigung von mindestens 8° errichtet wird und
- die Büronutzung entfällt.

Im Rahmen der Genehmigungsplanung ist das Vorhaben mit der Deutschen Bahn AG abzustimmen.

Abstimmung: **Ja: 15 Nein: 0**

10 BV-Nr. 037/16
a) Antrag auf Änderung des Flächennutzungsplans
b) Anfrage zur Wohnbebauung auf dem Grundstück FINr. 368 der Gemarkung Dehnberg, Dehnberg

a) Antrag auf Änderung des Flächennutzungsplans

Beschluss:

Der Bau-, Umwelt- und Stadtentwicklungsausschuss empfiehlt dem Stadtrat:

Das Grundstück FINr. 368 (Tfl.) der Gemarkung Dehnberg wird im Flächennutzungsplan der Stadt Lauf als „Gemischte Baufläche“ dargestellt.

Abstimmung: **Ja: 15 Nein: 0**

b) Anfrage zur Wohnbebauung auf dem Grundstück FINr. 365 der Gemarkung Dehnberg, Dehnberg

Beschluss:

Der Bau-, Umwelt- und Stadtentwicklungsausschuss versagt das gemeindliche Einvernehmen zur Bebauung des Grundstücks FINr. 368 der Gemarkung Dehnberg, weil sich das Grundstück im Außenbereich befindet, im rechtswirksamen Flächennutzungsplan der Stadt Lauf als „Fläche für die Landwirtschaft“ dargestellt ist und somit öffentliche Belange entgegenstehen.

Das Einvernehmen wird in Aussicht gestellt, wenn der Flächennutzungsplan geändert ist und das Grundstück als „Gemischte Baufläche“ dargestellt ist.

Abstimmung:

Ja: 15 Nein: 0

11 BV-Nr. 044/16 Anfrage zur Errichtung einer Garage auf dem Grundstück FINr. 445/2 der Gemarkung Simonshofen, Talstr. 1

Beschluss:

Der Bau-, Umwelt- und Stadtentwicklungsausschuss beschließt:

Der Bau-, Umwelt- und Stadtentwicklungsausschuss stellt das gemeindliche Einvernehmen zur Errichtung einer Garage auf dem Grundstück FINr. 445/2 der Gemarkung Simonshofen, Talstr. 1, sowie zur notwendigen Befreiung von den Festsetzungen des Bebauungsplans Nr. 26 „Westlich der Kreisstraße LAU 8“

- Garage außerhalb der dafür festgesetzten Flächen,
- Garage außerhalb der Baugrenzen

in Aussicht.

Abstimmung:

Ja: 15 Nein: 0

12 BV-Nr. 063/16 Anfrage zur Errichtung eines Betonzauns auf dem Grundstück FINr. 201/5 der Gemarkung Neunhof, Flachsstr. 22

Beschluss:

Der Bau-, Umwelt- und Stadtentwicklungsausschuss beschließt:

Errichtung eines Betonzauns als Lärmschutz auf dem Grundstück FINr. 201/5 der Gemarkung Neunhof, Flachsstr. 22, sowie der notwendigen Befreiung von den Festsetzungen des Bebauungsplans Nr. 21 „An der Simonshofer Straße“

- Einfriedung 2,40 m statt 1,25 m

in Aussicht. Der Betonzaun ist dauerhaft zu begrünen. Der Wallfuß ist so anzuordnen und zu befestigen, dass die öffentliche Verkehrsfläche nicht beeinträchtigt wird.

Abstimmung:

Ja: 15 Nein: 0

**13 Tekturplan Nr. 2 zum Bebauungsplan Nr. 6 „Eschenauer Straße - Nordring“
Änderung durch Teilaufhebung des Bebauungsplans Nr. 6 und des Tekturplans
Nr. 1**

- Durchführung der öffentlichen Auslegung und der Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange
- Beschlussfassung über die erneute öffentliche Auslegung und Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange

Beschluss:

Der Bau-, Umwelt- und Stadtentwicklungsausschuss beschließt:

1. Es wird festgestellt, dass im Rahmen der öffentliche Auslegung nach § 3 Abs. 2 BauGB Äußerungen zur Planung vorgebracht wurden von
 1. Rechtsanwälte Wiedemann, Dr. Bronnenmeyer, Dr. Zeug, Datzer, Nürnberg
 2. Rechtsanwälte Graml & Kollegen, Regensburg

Die vorgebrachten Äußerungen werden zur Kenntnis genommen.

Auf die ausführliche Stellungnahme der Verwaltung zu den Äußerungen wird Bezug genommen. Die Stellungnahme ist dem Beschluss beigefügt.

Eine Änderung des Entwurfs des Tekturplans Nr. 2 zum Bebauungsplan Nr. 6 „Eschenauer Straße - Nordring“ - Änderung durch Teilaufhebung des Bebauungsplans Nr. 6 und des Tekturplans Nr. 1 – ist nicht veranlasst.

2. Es wird festgestellt, dass bei der Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange keine Einwände vorgebracht wurden bzw. keine Äußerungen eingegangen sind von

Regierung von Mittelfranken – Höhere Landesplanungsbehörde, Ansbach
Planungsverband Industrieregion Mittelfranken, Nürnberg
Staatl. Bauamt Nürnberg
Städt. Werke Lauf GmbH
GVL Gasversorgung Lauf GmbH
Deutsche Post Immobilienservice GmbH
Vodafone Kabel Deutschland GmbH
Bisping & Bisping GmbH & Co. KG, Lauf
Polizeiinspektion Lauf
Amt für Digitalisierung, Breitband und Vermessung Nürnberg, Außenstelle Hersbruck
Bayer. Landesamt für Denkmalpflege, München

Zu den bei der der Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange vorgebrachten Äußerungen zur Planung wird festgestellt:

Landratsamt Nürnberger Land

Die Möglichkeit, das vereinfachte Verfahren nach § 13 BauGB auch bei einer Teilaufhebung eines Bebauungsplans anzuwenden, wurde noch einmal geprüft. Gemäß § 1 Abs. 8 BauGB gelten die Vorschriften des BauGB über die Aufstellung von Bauleitplänen auch für ihre Aufhebung. Damit ist auch für die beabsichtigte Teilaufhebung des Bebauungsplanes Nr. 6 sowie des Tekturplanes Nr. 1 die Durchführung eines Bauleitplanverfahrens erforderlich. Dieses Verfahren kann gemäß § 13 Abs. 1 Satz 1 BauGB als sogenanntes „vereinfachtes Verfahren“ durchgeführt werden. Der räumliche Geltungsbereich bzw. räumliche Umgriff des Bebauungsplans wird geändert. Die Teilaufhebung hat auch eine Aufhebung der Festsetzung hinsichtlich der Art der Nut-

zung "Fläche für den Gemeinbedarf Altersheim" zur Folge. Dennoch werden die Grundzüge der Planung durch die Teilaufhebung nicht berührt. Der Bebauungsplan Nr. 6 hat einen Geltungsbereich von ca. 24 ha, wovon ca. 18 ha auf reine Baugrundstücksflächen entfallen. Weitaus überwiegend ist der Geltungsbereich des Bebauungsplanes als Allgemeines Wohngebiet der Art der Nutzung nach festgesetzt und auch so tatsächlich bebaut. Gegenstand des vorliegenden Bereichs der Teilaufhebung ist lediglich ein im Verhältnis zum gesamten Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 6 geringfügiges Areal, für welches bereits bisher eine wohnähnliche Nutzung festgesetzt war. Unter diesen Umständen kann von einer Änderung des Bebauungsplans, durch die die Grundzüge der Planung berührt werden, nicht die Rede sein. Durch die Anwendung der planungsrechtlichen Vorschrift des § 34 BauGB nach wirksamer Teilaufhebung in diesem Bereich wird sich die Nutzung auch nach der Art und nach der näheren Umgebung zu orientieren haben. Der Art der Nutzung nach werden damit keine Konflikte ausgelöst, die nicht im Genehmigungsverfahren gelöst werden könnten. Durch eine wirksame teilweise Aufhebung des Bebauungsplanes Nr. 6 greift der Zulässigkeitsmaßstab des § 34 BauGB ein, der dann anzuwenden ist. Die weiteren Voraussetzungen des § 13 Abs. 1 BauGB liegen vor. Für das beabsichtigte Vorhaben besteht nicht die Pflicht zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung nach Anlage 1 des UVPG. Es sind auch keine Anhaltspunkte für eine Beeinträchtigung der in § 1 Abs. 6 Nr. 7b BauGB genannten Schutzgüter gegeben. Die Erhaltungsziele und der Schutzzweck eines Natura 2000-Gebietes im Sinne des Bundesnaturschutzgesetzes werden nicht beeinträchtigt, da ein solches Gebiet nicht betroffen ist.

In der Begründung wurde klargestellt, dass es sich bei der Änderung um eine Teilaufhebung des Geltungsbereichs und nicht um die Aufhebung einzelner Festsetzungen handelt.

Wie vor erläutert, handelt es sich bei der Fläche der Teilaufhebung um einen im Verhältnis zur Größe des Gesamtbebauungsplans untergeordneten Bereich. Die Aufhebung des Gesamtbebauungsplans ist deshalb nicht erforderlich und derzeit auch nicht vorgesehen.

Die Stellungnahmen des technischen Umweltschutzes, der Unteren Naturschutzbehörde und der Bodenschutzbehörde werden zur Kenntnis genommen. Bezüglich der Kampfmittelfreigabe ist ein Hinweis im Baugenehmigungsverfahren zu geben. Eine Festsetzung der Sichtdreiecke ist nicht möglich, da in diesem Bereich der Bebauungsplan aufgehoben wird und im Bereich der Teilaufhebung keine Neuplanung erfolgt.

Wasserwirtschaftsamt Nürnberg

Nachdem der Bebauungsplan im Geltungsbereich des Tekturplans aufgehoben wird, ist eine Aufnahme von Festsetzungen oder Hinweisen nicht möglich. Fragen des Bodenschutzes sind im Einzelfall im Baugenehmigungsverfahren zu klären.

Deutsche Telekom Technik GmbH

Nachdem der Bebauungsplan im Geltungsbereich des Tekturplans aufgehoben wird, ist jedoch eine Aufnahme von Festsetzungen nicht möglich. Die Deutsche Telekom Technik GmbH wird jedoch im Rahmen von Erschließungs- oder Straßenausbaumaßnahmen beteiligt.

Landesamt für Denkmalpflege, Abt. für Vor- und Frühgeschichte, Nürnberg

Nachdem der Bebauungsplan im Geltungsbereich des Tekturplans aufgehoben wird, ist eine Aufnahme von Festsetzungen oder Hinweisen nicht möglich.

DB Services Immobilien GmbH

Der Bebauungsplan wird im Geltungsbereich des Tekturplans aufgehoben, eine Aufnahme von Festsetzungen ist nicht möglich.
Die DB wird jedoch bei den konkreten Bauvorhaben als Nachbar beteiligt und kann dann ihre Auflagen und Hinweise vortragen.

Bund Naturschutz in Bayern e.V.

Die Äußerungen des Bund Naturschutzes in Bayern e.V. werden zur Kenntnis genommen.

Allgemeines:

Die Stadt Lauf besitzt keine Baumschutzverordnung. Nachdem der Bebauungsplan aufgehoben wird, besteht keine rechtliche Möglichkeit, den Erhalt bestimmter Bäume zu erzwingen.

Die verdichtete Bebauung in diesem Bereich wird von der Stadt Lauf gewünscht.

Es können auch bei einer dichteren Bebauung einzelne Bäume erhalten werden. Der Nachweis der notwendigen Stellplätze hat nach der rechtsverbindlichen Stellplatzsatzung der Stadt Lauf zu erfolgen.

Bauordnungsrechtliche Vorschriften wie z.B. der Nachweis erforderlicher Kinderspielplätze sind im Baugenehmigungsverfahren zu prüfen.

Stellungnahme des Schallgutachters:

„Die im IBAS-Bericht Nr. 15.8156-b03a, vom 26.08.2015, dokumentierten Schallausbreitungsberechnungen erfolgten nach den einschlägigen Richtlinien, so für den Straßenverkehr nach den RLS-90 und für den Schienenverkehr nach der Schall 03. Es wurden alle für die Berechnungen relevanten Gegebenheiten (Lage und Form der Schallquellen, Immissionsorte, reflektierende / abschirmende Gebäudefassaden, usw.) in den Rechner eingegeben. Insgesamt wird somit ein Modell der zu betrachtenden Wirklichkeit dargestellt. Es wurde das anerkannte und qualitätsgesicherte Schallausbreitungsberechnungsprogramm Cadna 1 verwendet. Somit sind sämtliche die Schallausbreitung beeinflussenden Faktoren (Abschirmung, Beugung, Reflektion) entsprechend den geltenden Normen und Richtlinien berücksichtigt.“

Wie im vorgenannten Bericht unter der Ziffer 6 beschrieben, wurde die geplante Lärmschutzwand mit einer Höhe von 5,75 m in hochabsorbierender Ausführung angesetzt. Durch diese hochabsorbierende Gestaltung der Lärmschutzwand kann eine Pegelerhöhung an der gegenüber liegenden Bestandsbebauung durch Reflektionen ausgeschlossen werden. Eine Erhöhung der Schallpegel in diesem Bereich wäre allenfalls zu erwarten, wenn die Lärmschutzwand schallhart ausgeführt würde. Grundlage für die Verkehrslärberechnungen sind die Ergebnisse der aktuellen Verkehrszählung durch das Büro PB Consult sowie die ebenfalls von PB Consult vorgelegte Verkehrsprognose vom 17.07.2015. Sämtliche angegebenen Verkehrszahlen sind Bestandteil der schalltechnischen Untersuchungen.

Die geforderten Lärmschutzelemente sind eingeplant, die Lärmschutzwand wird hochabsorbierend ausgeführt (siehe oben).“

Die Stadt Lauf macht sich die Ausführungen von IBAS zu Eigen.

Stellungnahme des Verkehrsgutachters:

„Im Unterkapitel Lärm wird die Verkehrserzeugung angezweifelt. Die Verkehrserzeugung unterliegt einer wissenschaftlichen Ermittlung, die sich auf empirisch ermittelte Spitzenstundenanteile bezieht. Die zugrunde gelegte Anzahl an Wegen pro Einwohner / Tag wurde mit 4 bereits hoch angesetzt (S.12 im Gutachten), was dem zu er-

wartendem hohen Anteil an mobilen Bevölkerungsgruppen in Neubaugebieten (jüngere Bevölkerungsgruppen) Rechnung trägt. Des Weiteren sind die MIV-Werte basierend auf einer Haushaltsbefragung von Dr. Brenner Ingenieurgesellschaft mbH angesetzt worden. Die darin empirisch ermittelten Werte mit einem MIV-Anteil von 65 % (54% Selbstfahrer, 11 % Mitfahrer) entsprechen den gegebenen Voraussetzungen. Durch moderne Arbeitszeiten mit Gleitzeit und unterschiedlichen Arbeitszeiten verlassen die Bewohner morgens das Wohngebiet über einen längeren Zeitraum hinweg. Analog dazu verhält es sich abends, wo sich das ganze durch Freizeitaktivitäten und unterschiedliche Arbeitszeitlängen noch über einen breiteren Zeitraum verteilt als morgens. Berufspendler, die einen entscheidenden Anteil an den Spitzenstunden haben, haben zudem durch den nahe gelegenen Bahnhof eine Alternative zum Kfz.“

Die Stadt Lauf macht sich die Ausführungen von PB Consult zu Eigen.

Stellungnahme des Bodengutachters:

Eine Versickerung gem. Arbeitsblatt DWA-A 138 „Planung, Bau und Betrieb von Anlagen zur Versickerung von Niederschlagswasser“ ist aufgrund der im Planungsgebiet anstehenden nur sehr gering wasserdurchlässigen Tone ($k_f < 1 \times 10^{-8} \text{ m/s}$) nicht möglich.

Die Stadt Lauf macht sich die Ausführungen des IB Merkl & Merkl zu Eigen.

Eine Änderung des Entwurfs des Tekturplans Nr. 2 zum Bebauungsplan Nr. 6 "Eschenauer Straße - Nordring" - Änderung durch Teilaufhebung des Bebauungsplans Nr. 6 und des Tekturplans Nr. 1 – ist nicht veranlasst. Die Forderungen des Bund Naturschutzes in Bayern e.V. können nicht berücksichtigt werden.

Herrn Kreisbrandrat Norbert Thiel

Nachdem der Bebauungsplan im Geltungsbereich des Tekturplans aufgehoben wird, ist eine Aufnahme von Festsetzungen oder Hinweisen nicht möglich. Fragen des Brandschutzes sind im Einzelfall im Baugenehmigungsverfahren zu klären.

3. Der Entwurf des Tekturplan Nr. 2 zum Bebauungsplan Nr. 6 "Eschenauer Straße - Nordring" - Änderung durch Teilaufhebung des Bebauungsplans Nr. 6 und des Tekturplans Nr. 1 – in der Fassung der letzten Änderung vom 19.04.2016 wird beschlussmäßig gebilligt.
4. Im weiteren Verfahrensablauf sind die erneute öffentliche Auslegung sowie die erneute Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange durchzuführen. Die Auslegungsfrist wird nach § 4a Abs. 3 auf zwei Wochen verkürzt.

Der Plan mit der Grenze des räumlichen Geltungsbereiches der Teilaufhebung und das aktuelle Planungskonzept sind Bestandteil des Beschlusses und der Niederschrift als Anlagen 1 und 2 beigefügt.

Die ausführliche Stellungnahme der Verwaltung zu den Äußerungen ist ebenfalls Bestandteil des Beschlusses und der Niederschrift als Anlage 3 beigefügt.

Abstimmung:

Ja: 15 Nein: 0

14 Prüfung von Industriegebieten - weitere Vorgehensweise (StR vom 26.11.2015)

Frau Nürnberger trägt die Beschlussvorlage und den Beschlussvorschlag der Verwaltung ausführlich vor. Frau Neidl erklärt hierzu, dass es aus Sicht der Wirtschaftsförderung und Stadtentwicklung dringend notwendig ist, in Abstimmung mit der Industrie- und Handelskammer eine Erforderlichkeitsprüfung durchzuführen.

Herr Stadtrat Mayer und Herr Stadtrat Dr. Tiedtke sprechen sich für die Standortprüfung aus, sehen jedoch eine Erforderlichkeitsprüfung als nicht notwendig. Herr Stadtrat Mayer schlägt vor, nach Deckungsmöglichkeiten im Haushalt zu suchen.

Frau Nürnberger antwortet, dass spätestens im Flächennutzungsplanverfahren ein Bedarf nachgewiesen werden muss. Sie erklärt dazu, wenn eine Erforderlichkeitsprüfung erst später erfolgen soll, dann würde man die überplanmäßigen 30.000 € nicht benötigen sondern man könne den Betrag auf 15.000 € überplanmäßig verringern. Dieser Betrag kann bei den Haushaltsstellen eingespart werden.

Herr Stadtrat Kern und Herr Stadtrat Pohl stellen ihre Zustimmung zum Beschlussvorschlag in Aussicht.

Herr Stadtrat Horlamus ist der Meinung, dass erst einmal eine Bedarfsabfrage durchgeführt werden solle und danach erst die Standortprüfung. Er spricht sich gegen den Beschlussvorschlag aus.

Beschluss:

Der Bau-, Umwelt- und Stadtentwicklungsausschuss beschließt:

Für die gutachterliche Prüfung möglicher Industriegebiete werden überplanmäßig 15.000 € zur Verfügung gestellt.

Abstimmung:

Ja: 12 Nein: 3

15 Generalsanierung Kunigundenschule

- 1. Baureinigung**
- 2. Beton- und Natursteinarbeiten**
- 3. Küchen und feste Einbauten**
- Auftragsvergaben**

Beschluss:

Der Bau-, Umwelt- und Stadtentwicklungsausschuss beschließt:

1. Der Auftrag für die Baureinigung wird auf der Grundlage des Angebots vom 15.03.2016 an die Firma

Gebrüder Schmidt GmbH, Georg-Regler-Weg 10, 91230 Happurg,

zum Angebotspreis von **37.420,56 € (brutto)** vergeben.

2. Der Auftrag für die Beton- und Natursteinarbeiten wird auf der Grundlage des Angebots vom 15.03.2016 an die Firma

Fliesen Röhlich GmbH, Zum Handwerkerhof 9, 90530 Wendelstein,

zum Angebotspreis von **110.082,14 € (brutto)** vergeben.

3. Der Auftrag für die Küchen und festen Einbauten wird auf der Grundlage des Angebots vom 21.03.2016 an die Firma

Engelhardt Holztechnik, Sandgrube 5-7, 91233 Neunkirchen a. Sand

zum Angebotspreis von **100.788,72 € (brutto)** vergeben.

Abstimmung: **Ja: 15 Nein: 0**
16 Endausbau Vogelhof, Wetzendorf
Deckensanierung Daschstraße
- Auftragsvergabe

Beschluss:

Der Bau-, Umwelt- und Stadtentwicklungsausschuss beschließt:

Der Auftrag für den Endausbau Vogelhof, die Deckeninstandsetzung in der Daschstraße und den Endausbau in Wetzendorf wird auf der Grundlage der Angebote vom **01.04.2016** an die Firma

Tauber Bau Straßen- und Tiefbau GmbH, Rollnerstraße 180, 90425 Nürnberg,

zum Gesamtangebotspreis von **217.676,87 € (brutto)** vergeben.

Abstimmung: **Ja: 15 Nein: 0**

Ende der Sitzung im öffentlichen Teil: 16:32 Uhr

Stadt Lauf a.d. Pegnitz, den 11.05.2016

Stadtverwaltung

Der Vorsitzende

Die Schriftführerin

Benedikt Bisping
Ersten Bürgermeister

Kerstin Sebald
Verw.Ange.